

Ein Hoch auf Europa und die Freiheit!

Nichts ist mehr selbstverständlich, so scheint es zum Ausgang eines denkwürdigen Jahres. Dabei droht aus dem Blick zu geraten, was wir haben und dass dies in vielen Punkten das Beste ist, was wir je hatten.

Als die überparteiliche Europa-Union vor 70 Jahren gegründet wurde, lag Europa in weiten Teilen in Schutt und Asche. In Deutschland standen die Männer und Frauen, die sich als europäische Föderalisten bekannten, vor den Trümmern einer mit schwerster Schuld beladenen Nation, deren dauerhafte Teilung sich abzuzeichnen begann. Dennoch hatten diese Menschen damals Hoffnung, denn sie glaubten an eine Alternative zu Nationalismus und Chauvinismus. Sie machten sich an den Wiederaufbau ihres Landes und setzten darauf, dass es eines Tages integraler Bestandteil eines in Frieden vereinten Europas sein würde.

Dieses Narrativ war 1946 alles andere als wahrscheinlich, und doch ist ein neues Europa aus dem alten, in zwei Weltkriegen zerstörten, auferstanden. Nach wie vor grenzt dies eigentlich an ein Wunder. Die Männer und Frauen, die damals den deutschen Verband der europäischen Föderalisten ins Leben riefen, träumten aber unbeirrt ihren Traum von einem friedvollen, demokratischen Europa, in dem die Menschenwürde unantastbar, unveräußerlich und unteilbar ist.

Ein halbes Jahrhundert später war dieser utopische Traum für alle Europäerinnen und Europäer Wirklichkeit geworden. Das infolge des Zweiten Weltkriegs und durch den Kalten Krieg geteilte Europa wurde in den 1990er Jahren wiedervereint, Europa mit seinen supranationalen Institutionen gab sich eine Grundrechtecharta, in der wie schon im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die Menschenwürde am Anfang steht.



Das Hertensteiner Kreuz war das erste Symbol der Europa-Union und föderalistischen Bewegungen. Das von der Baseler Bildhauerin Hedwig Frey entworfene spiegelbildliche Doppel-E soll die Einigung Europas symbolisieren. Es wurde erstmals 1934 bei der Gründung der Schweizer Europa-Union gezeigt. Seinen Namen erhielt es im Herbst 1946, als bei einer Tagung im schweizerischen Hertenstein die Europäischen Föderalisten ihr Grundsatzprogramm verabschiedeten. Das Hertensteiner Kreuz wurde später vom „Grünen E“ auf weißem Grund abgelöst – Flagge und Symbol der Europäischen Bewegung und ihrer Mitgliedsverbände.

Eine Reihe von Entwicklungen, die Weltfinanzkrise war da nur die sichtbarste, nicht aber die einzige, hat Europa in eine tiefe Krise gestürzt, deren Ausgang auch heute noch nicht absehbar ist. Vielmehr scheinen sich die Krisenknoten weiter zu schürzen. Der parteiübergreifende europäische Konsens der Nachkriegszeit wird inzwischen von rechts wie von links außen in Frage gestellt.

Dass die Populisten und teilweise auch Extremisten in mehreren EU-Staaten durch solche Krisen mittlerweile an der Macht oder zumindest an der Regierung beteiligt sind, ist eine hochgefährliche Entwicklung. Ein neuer Autoritarismus greift weltweit um sich und gefährdet die liberale westliche Demokratie, die nach 1990 ihren weltweiten Siegeszug anzutreten schien. Ende 2016 gilt Deutschland, das den Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen hatte, einigen Christen gar als letzter tragender Pfeiler der westlichen Welt, mindestens aber als Anker der Vernunft.

Die Lage ist in der Tat sehr ernst. Es gibt nichts zu beschönigen. Auch in Deutschland versuchen die Feinde der Demokratie und der Freiheit aus der Verunsicherung vieler Menschen politisches Kapital zu schlagen. 70 Jahre nach unserer Gründung stehen wir überzeugte Europäerinnen und Europäer vor einer gewaltigen Herausforderung, und wir sind fest entschlossen, diese zu bestehen!

Wir, die Europa-Union Deutschland, bewahren das Erbe unserer Gründermütter und -väter. Wir halten fest an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Europa. Wir weichen nicht. Kein Jota. Vielmehr rufen wir all diejenigen auf, sich uns anzuschließen, die nicht zurück in die Dunkelheit eines autoritären Nationalismus und Chauvinismus wollen. Ein Hoch auf Europa und die Freiheit!

*Rainer Wieland MdB
Präsident der Europa-Union Deutschland*



Eine Zeitreise durch die Geschichte der Europa-Union:

1946/47



1948/49



1950-1956



15.-22.09.1946

In der Schweiz zusammengekommene Europäische Föderalisten verabschieden das Hertensteiner Programm zur föderalen Einigung Europas.



Bild: Heinrich Kümmerle

09.12.1946

Gründung der Europa-Union Deutschland (EUD) in Syke. Politisches Gründungsdokument wird das Hertensteiner Programm. Wilhelm Heile wird Vorsitzender.



Bild: Stadtarchiv Syke

17.12.1946

Gründung der Union Europäischer Föderalisten (UEF) in Paris

21.-23.06.1947

Erster Kongress der EUD in Eutin: Diverse föderalistische Gruppen, vorwiegend aus der britischen Besatzungszone, schließen sich zusammen.

20.11.1947

Die Europa-Union wird Mitglied der UEF.

08.-10.05.1948

Der 1. Haager Kongress tritt auf Initiative des Koordinierungsausschusses für die „Europäische Einheit“ mit 750 Delegierten aus fast allen Ländern Europas zusammen. Hauptredner ist Winston Churchill.

25.10.1948

Gründung der (Internationalen) Europäischen Bewegung als Dachorganisation für alle Europaverbände in Brüssel

01.04.1949

Auf Initiative des künftigen EUD-Präsidenten Eugen Kogon tritt ein Ausschuss zur Gründung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung zusammen, der sich am 13.6.1949 in Wiesbaden konstituiert. Kogon wird Vorsitzender des Exekutivbüros.

19.-22.05.1949

1. Ordentlicher Kongress in Hamburg unter dem Motto „Europäer aller Länder vereint Euch!“ Die Vereinigung aller föderalistischen Verbände in Deutschland wird abgeschlossen. Der Kongress spricht sich gegen eine Neutralisierung Deutschlands und für die Bildung einer Europäischen Föderation aus. Eugen Kogon wird zum Präsidenten gewählt.



EC Audiovisual Service

02.-04.09.1949

Gründung des Bundes Europäischer Jugend (BEJ) auf der Wachenburg bei Weinheim

06.08.1950

300 junge Europäer, überwiegend aus französischen und deutschen Europaverbänden, verbrennen die Grenzpfähle in St. Gernshof bei Weißenburg und fordern ein Europäisches Parlament und eine Europäische Regierung.

24.11.1950

5.000 Jugendliche aus vielen Ländern überschreiten die Grenzen ohne Pass und Visum und erneuern ihre Forderung nach einem vereinten Europa in einer Demonstration vor dem Europarat in Straßburg.

16.-18.11.1951

Zentrale Forderung der Hauptresolution des 3. Kongresses in Frankfurt am Main ist die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa.

24.-26.10.1952

Der 4. Kongress in Esslingen begrüßt die Arbeiten der Ad-hoc-Versammlung (Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion) zur Ausarbeitung einer Europäischen Verfassung.

30.04.1953

Im Rahmen der Aktion „Europäischer Bundespakt“ sammelt die EUD unter dem Motto „Feldzug der Europäer“ fast 1,65 Mio. Unterschriften.

29.-31.10.1954

Ernst Friedländer wird auf dem 7. Kongress in Hannover zum Präsidenten gewählt.

25.-27.11.1955

Im Schöneberger Rathaus in Berlin verabschiedet der 8. Kongress einen von Ernst Friedländer entworfenen Deutschland-Plan, der die deutsche Vereinigung im Rahmen der Europäischen Integration vorsieht.

09.-11.11.1956

Unter dem Motto „Europa – jetzt erst recht!“ fordert der 9. Kongress in Augsburg angesichts der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands durch die UdSSR die Verstärkung der Bemühungen um den Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa.

70 Jahre Menschen – Ereignisse – Programme – Ziele

➔ 1958/59

|||➔ 1961-1966

|||➔ 1967/68

17.-19.01.1958

Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim wird auf dem 10. Kongress in Bremen zum Präsidenten gewählt.



Bild: Landespresse- und Informationsamt (LAV NRW, RWB 9868,9)

25.04.1959

Die EUD gründet das Bildungswerk Europäischer Politik zur Unterstützung ihrer Bildungsaufgaben (1964 Umbenennung in Institut für Europäische Politik).

01.-03.10.1959

Der 11. Kongress in Dortmund fordert die Direktwahl des Europäischen Parlaments, die Fusion der drei Gemeinschaften EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl), EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und EAG (Europäische Atomgemeinschaft) sowie eine ständige Konferenz der Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten. Erstmals in der EUD-Geschichte werden ausführliche sozialpolitische Leitlinien beschlossen, die u.a. die Forderung nach Vollbeschäftigung enthalten.

11.12.1959

Die EUD gründet den Europa-Union-Verlag als zukünftigen Träger ihrer publizistischen Arbeiten.

26.-28.05.1961

In Kiel begrüßt der 12. Kongress die Fortschritte der wirtschaftlichen Integration und versucht Kompromisse zu finden zu den unterschiedlichen Auffassungen über die politische Integration.

22.-23.10.1962

Der 13. Kongress in Bad Godesberg verabschiedet unter dem Motto „Vom gemeinsamen Markt zur politischen Gemeinschaft“ ein Memorandum zur Politischen Union Europas. Es enthält auch eine klare Bejahung einer abgestuften Integration, falls anders ein europäischer Fortschritt nicht möglich sei.

28.06.1963

Das EUD-Präsidium beschließt eine Erklärung zur Europäischen Verteidigung.

12.-14.04.1964

Unter dem Motto „Handelt für Europa!“ verabschiedet der 14. Kongress in Frankfurt am Main zwölf Thesen für Europa, in denen eine „energische, konsequente und vorbehaltlose Erfüllung der Römischen Verträge“ gefordert wird.

20.10.1965

In Bad Godesberg setzt Bundespräsident Heinrich Lübke den Startschuss für die Europa-Aktion 65 der EUD. Innerhalb von zehn Tagen finden über 1.500 Veranstaltungen statt.

20.-22.11.1966

Der 16. Kongress in Baden Baden unter dem Motto „Wege nach Gesamteuropa“ fordert die Bundesregierung auf, in der Ostpolitik neue Wege zu gehen, u.a. durch Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens, Aussöhnung mit Polen und Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten.

13.-15.05.1967

Gemeinsame Grenzaktion der Europäischen Föderalisten an 64 europäischen Grenzstationen mit dem Slogan „Alle Europäer wollen Reisen ohne Grenzkontrollen!“



Bild: EUD

04.-05.03. 1968

Der 17. Kongress in Köln bekräftigt das Ziel, von der Wirtschafts- und Währungsunion zur Politischen Union vorzustoßen.

01.-03.06.1968

„Eine Währung für Europa“ fordern die föderalistischen Verbände mit einer gemeinsamen europaweiten Aktion an 43 Grenzübergangsstellen.



Bild: EC Audiovisual Service



Bild: EUD

Eine Zeitreise durch die Geschichte der Europa-Union:

1969-1973



1974-1977



1978-1984



24.-26.05.1969

„Europas Regierungen haben versagt“ ist das Motto der gemeinsamen Aktion der Europäischen Föderalisten an 43 Grenzübergangsstellen.



Beide Bilder: EC Audiovisual Service

23.-25.11.1969

Der 18. Kongress in Saarbrücken fordert unter dem Motto „Appell zu einem neuen Aufbruch“ den weiteren Ausbau, die Erweiterung und Vertiefung der EG und die Direktwahl des Europäischen Parlaments (EP).

16.-18.05.1970

„Europa ist für alle da“ ist das Motto der gemeinsamen Aktion der Europäischen Föderalisten an 30 Grenzübergangsstellen.

11.-13.09.1971

Der 19. Kongress verabschiedet in Bad Godesberg einen Stufenplan zur Errichtung eines Europäischen Bundesstaats. Nachdrücklich fordert der Kongress das Ende der Diskriminierung von Gastarbeitern und ihre gleichberechtigte Eingliederung als Europäische Bürger.

18.-20.05.1973

Theo M. Loch wird neuer Präsident der Europa-Union auf ihrem 20. Kongress in Berlin. Der Kongress verabschiedet die Berliner Erklärung für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

07.-08.12.1974

Der 21. Kongress in Saarbrücken kritisiert die Unfähigkeit der Gemeinschaft, solidarisch zu handeln und fordert entschlossene Maßnahmen zur Demokratisierung Europas.

21.-23.11.1975

Der 22. Kongress in Bad Godesberg fordert als nächste Schritte auf dem Weg zur Einheit Europas die Durchführung der Direktwahl des EP bis 1978, den Ausbau der Europäischen Bürgerrechte und eine Europäische Verfassung für die Europäische Union.



Bild: Bundesarchiv, B 145 Bild-F047053-0019, Ludwig Wegmann

05.12.1977

Bei der Ankunft von Bundeskanzler Helmut Schmidt zur EG-Gipfelkonferenz in Brüssel demonstrieren Aktive der Europa-Union gemeinsam mit Freunden von der UEF.



Bild: EC Audiovisual Service

31.03.-01.04.1978

Präsidium und Hauptausschuss beschließen eine Europawahl-Informationskampagne, um möglichst viele Wähler zu mobilisieren.

25.-27.06.1978

Auf dem 24. Kongress wird das Kieler Programm für Europa verabschiedet. Es fordert einen nachhaltigen föderalen Aufbau Europas und eine starke Beteiligung der Bürger. Erster Schritt sei die Direktwahl des EP. Ziel ist der Europäische Bundesstaat.

13.11.1978

Nachdem in zahlreichen Bundesländern und Landkreisen auf Anregung der EUD Direktwahlkomitees zur Unterstützung der 1. Europa-Wahl gegründet wurden, konstituiert sich in Bad Godesberg unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Walter Scheel das „Bundeskomitee Europa-Wahl“.

05.-07.12.1980

Der 26. Kongress in München wählt Altbundespräsident Walter Scheel zum Präsidenten. Simone Veil, die erste Präsidentin des direkt gewählten Europäischen Parlaments, spricht zu den Delegierten.



Bild: Bundesarchiv, Bild 146-1989-047-20



Bild: EU-Kommission

07.-09.12.1984

Der 30. Kongress der EUD tagt in Köln gemeinsam mit dem 12. Kongress der UEF unter dem Motto „Die Europäische Union jetzt“. Themen sind neben der Gründung der Europäischen Union auch die Wiedervereinigung Deutschlands und die gesamteuropäische Zusammenarbeit.

70 Jahre Menschen – Ereignisse – Programme – Ziele

1986-1990

1991-1995

1996-1998

22.02.1986

Der Hauptausschuss erklärt, dass mit der Einheitlichen Europäischen Akte die Ziele mehr Demokratie und mehr Effektivität nur unvollkommen erreicht werden.

26.06.1988

Rund 5.000 Teilnehmer fordern die Vollendung des Binnenmarkts und die Gründung der Europäischen Union auf einer Kundgebung der EUD im Kuppelsaal der Stadthalle in Hannover.

13.-14.10.1989

„Die Europäische Union schaffen – ganz Europa in Freiheit einigen“. Unter diesem Motto steht der 35. Kongress, an dem neben Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auch sein ungarischer Kollege Gyula Horn teilnimmt, der einen entscheidenden Beitrag zur Öffnung des Eisernen Vorhangs durch die Erlaubnis der Ausreise von DDR-Bürgern in die BRD geleistet hat. Egon Klepsch wird zum neuen Präsidenten der Europa-Union gewählt.



Bild: Bundesarchiv, B 145 Bild-F061785-0005, Engelbert Reinecke

März 1990 bis März 1991

Gründung der Landesverbände Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt

25.-27.05.1990

Erstes Treffen der Mitglieder und Freunde der EUD aus der DDR im Europa-Haus Marienberg

12.11.1990

Bundeskanzler Helmut Kohl empfängt das EUD-Präsidium zu einem umfassenden Meinungsaustausch.

02.-04.06.1991

Erstes Deutsch-Ungarisches Forum in Budapest, mitorganisiert von der EUD

08.-10.11.1991

Der 37. Kongress in Leipzig – der erste in einem der neuen Bundesländer – fordert zusätzliche Fördermaßnahmen für die neuen Bundesländer. Er beschließt Grundsätze für die zu schaffende Europäische Union, so ein demokratisches Regierungssystem mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die unverzügliche Errichtung der vollständigen Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Reform der Verträge, um die EG erweiterungsfähig zu machen.

20.-21.11.1992

Erstmals tritt ein EUD-Kongress außerhalb Deutschlands zusammen. „Ja zu Maastricht – Für ein bürgernahes Europa“ ist das Motto des 38. Kongresses in Straßburg im Palais de l'Europe.

05.-06.11.1993

Bundeskanzler Kohl spricht auf dem 39. Kongress in Mannheim. Er bekräftigt die konsequente Fortführung der Europäischen Integration.

04.-05.11.1994

Unter dem Motto „Europa bürgernah gestalten“ beschließt der 40. Kongress in Bremen die Ausarbeitung einer Charta der Europäischen Identität. Eine einjährige Verbandsdebatte unter Beteiligung aller EUD-Landesverbände und befreundeter Organisationen beginnt.

27.-28.10.1995

Die Charta der Europäischen Identität wird vom 41. Kongress in Lübeck verabschiedet. Zudem beschließt der Kongress Forderungen an die Reformkonferenz 1996. Hauptredner ist der Präsident des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch.

04.05.1996

EUD und Europäische Bewegung eröffnen in Frankfurt am Main ihre gemeinsame Kampagne für die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion. Unter dem Motto „Der Euro kommt“ organisiert die Europa-Union mit ihren Gliederungsverbänden bis 2001 bundesweit mehrere Hundert Aktionen sowie Informationsveranstaltungen und gibt den „Euro-Kompass“ heraus.



Bild: Tibor Sarusy

20.06.1996

Das Generalsekretariat der EUD veröffentlicht die Charta der Europäischen Identität in fünf Sprachen.

November 1996

Zusammenführung der JEF und der Jungen Europäer zum einheitlichen EUD-Jugendverband

19.10.1997

Der 43. Kongress wählt in Worms Hans-Gert Pöttering zum Präsidenten.

Mai 1998

Start der transnationalen Kampagne der UEF für eine Europäische Verfassung, die in Deutschland von der Europa-Union umgesetzt wird

13.-14.11.1998

Der 44. Kongress in Münster steht im Zeichen der 350-Jahr-Feier des Westfälischen Friedens. Redner sind der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Karl Lehmann, der EKD-Vorsitzende Präses Manfred Kock und Iganz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden.

Eine Zeitreise durch die Geschichte der Europa-Union:

1999-2004



2006-2009



2010-2012



27.11.1999

Elmar Brok wird auf dem 45. Kongress in Weimar neuer EUD-Präsident.



Alle Bilder: EUD

7.-8.12.2000:

Demo der Europäischen Föderalisten unter Beteiligung der EUD anlässlich des Europäischen Gipfels in Nizza

15.-17.06.2001

Europaaktion unter dem Motto „Die Botschaft der Europäischen Föderalisten an den Europäischen Rat bringen“: EUD und JEF appellieren anlässlich des EU-Gipfels in Schweden an die Staats- und Regierungschefs, das europäische Schiff auf richtigem Kurs zu halten – und das im wörtlichen Sinne: Nach dem Tagungsauftritt in Kiel gehen 200 Europaaktivisten an Bord der Stena-Scandinavica nach Göteborg, um auch dort Flagge zu zeigen.

11.-13.10.2002

Start der Reihe „Wege nach Europa“, die von Lübeck nach Kopenhagen und Malmö führt. 2003 geht es unter gleichem Motto nach Graz, Maribor und Ljubljana. 2004 sind Bratislava und 2005 Kaliningrad das Ziel. 2006 führen die „Wege nach Europa“ zurück zu den Wurzeln der Europäischen Föderalistischen Bewegung – nach Zürich und Hertenstein.

2004

Die EUD geht online mit einer eigenen Homepage sowie mit dem Europa-Wahl-Portal „www.wahlen-europa.de“.

2004

In Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung startet das mehrjährige Bildungsprogramm „In Europa für Europa“ für Stipendiaten aus Ländern Mittelosteuropas (das Programm läuft bis 2006).

2006

Start der mehrjährigen Kampagne „Europa nützt uns“. EUD und Europäische Bewegung geben gemeinsam die Studie „Die EU im vitalen Interesse Deutschlands“ heraus. Ab 2007 wird die bundesweite Veranstaltungsreihe „Speak up Europe – Menschen bilden Europa“ gemeinsam mit den Landes- und Kreisverbänden organisiert.

10.12.2006

Peter Altmaier wird auf dem 52. Bundeskongress in Bremen zum neuen Präsidenten gewählt.



13.12.2006

Erster Europäischer Abend in Berlin. Die gemeinsame Veranstaltungsreihe mit dem „dbb beamtenbund und tarifunion“ entwickelt sich zu einer erfolgreichen Veranstaltungsmarke am Politikplatz Berlin.

2007

Kampagne für ein europaweites Referendum für eine Europäische Verfassung

14.06.2007

Gründung der Europa-Union Brüssel als erster EUD-Auslandsverband

03.07.2007

Gründung der EUD-Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag mit 113 Mitgliedern



13.05.2009

Gründung der EUD-Hauptstadtgruppe Europa-Professionell in Berlin



22.11.2010

Unter dem Motto „Die europäische Idee im 21. Jahrhundert“ setzt der Erfurter Bundeskongress eine umfassende Verbandsdebatte zu einem neuen Grundsatzprogramm der EUD in Gang.

27.11.2011

Rainer Wieland wird auf dem 57. Bundeskongress in Berlin zum neuen Präsidenten gewählt.

2012

Start der Reihe bundesweiter EUD-Bürgerforen „Europa – Wege aus der Krise“

24.03.2012

EUD/JEF-Aktion „Ungarn muss Teil der Europäischen Wertegemeinschaft bleiben“ in Berlin



07.-09.09.2012

Erste EUD-Sommerakademie in Bremen, weitere folgen in Neubrandenburg, Gießen, Jena und Duisburg

28.10.2012

Der 58. Bundeskongress beschließt im Landtag von NRW das neue Grundsatzprogramm der Europa-Union. Im Düsseldorfer Programm heißt es: „Unser Ziel ist der Europäische Bundesstaat“.

70 Jahre Menschen – Ereignisse – Programme – Ziele

2013/14

2014

2015/16

2013

Start der mehrjährigen Informationskampagne „EUROPA mitbestimmen“. Bundesweit werden 183 Straßenaktionen mit dem neuen Format der Bodenzeitungen organisiert.



Bild: EUD

09.–10.11.2013

„Mehr Europa wählen“ mahnt der 59. Bundeskongress und spricht sich gegen Renationalisierungstendenzen aus.

2014

„Gedankengang zu Krieg und Frieden“ läuft als bundesweite Straßenaktion über mehrere Monate bis 2015.



Bild: Erol Gurian Photography

Frühjahr 2014

EUD und JEF beteiligen sich im Rahmen ihrer Europawahl-Kampagne an der Testimonial-Aktion der Europäischen Bewegung „1000 Gründe für Europa“.

Herbst 2014

Start der Reihe „EUD-Bürgerdialoge - ... Wir müssen reden“ (2014/15 zu TTIP, 2016 zu „Europas Grenzen“)



15.11.2014

Der Bundesausschuss spricht sich für stärkeren sozialen Zusammenhalt in der EU aus und fordert, den Weg hin zu einer Europäischen Verteidigungsunion einzuschlagen.

12.02.2015

Neugründung des Landesverbandes Sachsen

24.–25.04.2015

Die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik ist ein zentrales Thema des 60. Bundeskongresses in Memmingen, der eine gemeinsame Politik für Asyl, Flüchtlingsschutz, Einbürgerung und Einwanderung in der EU anmahnt.

18.10.2015

Gründung des kommunalen Netzwerks der EUD

16.–17. 04.2016

In Dresden setzt der 61. Bundeskongress mit seinem klaren Bekenntnis zu Europa ein Zeichen gegen die europa- und fremdenfeindliche Bewegung Pegida.

Sommer 2016

EUD und JEF starten ihre gemeinsame Online-Kampagne „Europa braucht Dich jetzt“.



Foto: Christian Weickmann, CCBY-NC-SA

03.11.2016

Mit dem „Kölner Signal“ des Präsidiums positioniert sich die EUD zur AfD: Demokratische Auseinandersetzung: ja – Zusammenarbeit und Mitgliedschaft: nein. Als „nationalistische, fremdenfeindliche und antieuropäische Partei“ stehe die AfD gegen alles, wofür sich die EUD einsetzt, sie ist „ein politischer Gegner, den es mit demokratischen Mitteln zu bekämpfen gilt“.

Berlin

Europa ist hier! ... Zu Gast im Berliner Rathaus

Der Kampf der Europäischen Union gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität war zentrales Thema bei „Europa ist hier! ... Zu Gast im Berliner Rathaus“. Diese einmal jährlich im Roten Rathaus stattfindende Veranstaltung wird von der Europa-Union Berlin in Kooperation mit dem Berliner Senat organisiert und hatte diesmal den Titel „Mit Sicherheit Europa – Wo stehen wir im Kampf gegen Terror und organisierte Kriminalität?“. Gut achtzig Berliner nahmen die Gelegenheit wahr, um mit Europaabgeordneten und Experten ins Gespräch zu kommen.

Die Diskussion wurde von Maximilian Kall moderiert. Nach der Begrüßung übergab er das Mikrofon zunächst an die Europa-Beauftragte des Berliner Senats, Hella Dunger-Löper, die mit einem Grußwort auf den Abend

einstimmte. Im Anschluss diskutierten die Europaabgeordneten Barbara Lochbihler (Grüne) und Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann (SPD) über die aktuellen Herausforderungen der Terrorbekämpfung in der Europäischen Union. Kaufmann betonte, dass Terroristen mit ihren Anschlägen gezielt den Lebensstil und die Errungenschaften der europäischen Gesellschaften angreifen. Dem müsse man sich klar entgegenstellen. Lochbihler und Kaufmann waren sich darin einig, dass zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten verbessert werden müsse. Es sei nicht unbedingt notwendig, neue Instrumente zu schaffen. Vielmehr müssten bestehende Instrumente besser genutzt werden.

Auf dem Blauen Sofa nahmen dann Dr. Annegret Bendiek (Stiftung Wissenschaft und Politik) und Alexander Maaß (Senatsverwaltung für Inneres und Sport) Platz. Dass das Thema Sicherheit sinngemäß sein könnte für die Europäische Union, führte Bendiek an. Es sei eine der zentralen Fragen, auf die die europäischen Bürger Antworten erwarten. Maaß, der von 2004 bis 2014 bei Europol tätig war, berichtete über



Die Podiumsteilnehmer zeigten sich zufrieden mit der angeregten Diskussion. Bild: EUD Berlin

die Entwicklung, die die EU-Behörde bisher genommen habe. Er hob positiv hervor, dass die Aktivitäten stetig zugenommen haben.

Abschließend dankte die Europa-Union dem Berliner Senat für die gute Zusammenarbeit sowie allen Besuchern und Mitwirkenden für den spannenden Abend, verbunden mit der Vorfreude auf eine tolle Veranstaltung im nächsten Jahr.

Verantwortlich: Anne Freidank

Mecklenburg-Vorpommern

70 Jahre Europa-Union

Gedanken des Landesvorsitzenden Jürgen Lippold

Von den 70 Jahren Europa-Union habe ich seit der Wende 26 Jahre als Mitglied miterlebt und ein wenig mitgestalten können.

Diese 26 Jahre haben mich von einem anfangs vielleicht noch zaghaften Anhänger des europäischen Einigungsgedankens zu einem überzeugten Europäer werden lassen. Mit dazu beigetragen haben meine seit 1990 ununterbrochene Zugehörigkeit zum Landesvorstand, die langjährige (ich glaube 18 Jahre) Mitgliedschaft im Präsidium der EUD, die Teilnahme an mehr als zwanzig Bundeskongressen und eine Vielzahl von Seminaren und europapolitischen Veranstaltungen in Deutschland wie auch im europäischen Ausland. Und hier waren es neben vielfältigen Begegnungen mit europainteressierten Bürgern auch besonders die Gespräche mit

Politikern aller Ebenen sowie mit Experten, die sich wissenschaftlich mit dem europäischen Einigungsprozess beschäftigen.

Auf unseren jährlichen Bildungsreisen haben wir darüber hinaus Europa, seine Menschen, ihre Sitten und Gewohnheiten kennengelernt und dabei auch die Gemeinsamkeiten entdeckt, die uns Europäer verbinden.

Unsere diesjährige „große“ Bildungsreise führte uns ins schweizerische Tessin und ins italienische Piemont. Auf dem Weg dorthin haben wir in Zürich Station gemacht und bei der Stadtführung vor dem altherwürdigen „Zunftthaus zur Meisen“ die ins Straßpflaster eingelassene Gedenktafel entdeckt, die an die berühmte Rede Winston Churchills vom 19. September 1946 erinnert.

Wenige Tage nach dieser Rede wurde in einem kleinen Ort am Vierwaldstätter See das nach ihm benannte Hertensteiner Programm der Europäischen Föderalisten verabschiedet, das dann auch das Grundsatzprogramm für die am 9. Dezember 1946 in Syke bei Bremen gegründete Europa-Union wurde.

Für die Hertensteiner Konferenz, für die Gründung der Europa-Union Deutschland sowie für den europäischen Einigungsprozess war die Churchill-Rede sicherlich wegweisend, und ich will zwei in dieser Rede geäußerte Gedanken noch einmal hervorheben:

Erstens: Beim Lesen drängt sich mir heute die Frage auf, ob nicht der BREXIT für Großbritannien – nach einer Episode der Mitgliedschaft in der EWG, den EG bzw. der EU – eigentlich nur eine Rückbesinnung ist auf die bereits in der Zürcher Rede getroffene Feststellung, die Großbritannien *nicht* als Mitglied des vereinigten Europas sieht. Zweitens: Angesichts des gegenwärtigen Zustands, in dem sich die EU befindet, angesichts der Überbetonung nationaler Interessen bei der Lösung gemeinschaftlicher Aufgaben, von Problemen und Krisen, sind die letzten Worte Churchills in eben dieser Rede nach wie vor von großer Aktualität und ein Aufruf an alle Europäer: „Therefore I say let europe arise.“ Tun wir etwas dafür!

Verantwortlich: Janina Zanner

Niedersachsen

Spannende Vorträge und Diskussionen

Die turnusgemäße Landestagung der Europa-Union fand in diesem Jahr in der Rattenfängerstadt Hameln statt. In einer gut gefüllten Aula der Europaschule Schiller-Gymnasium Hameln diskutierten rund 50 Delegierte und Gäste über die Reden und Vorträge sowie die zur Tagung eingereichten Anträge.

Hamelns Oberbürgermeister Claudio Griese hob in seinem Grußwort die Bedeutung Europas und des EUD-Kreisverbandes für die Stadt Hameln hervor. Andreas Jungnitz, Schulleiter des Schiller-Gymnasiums, stellte die vielen europäischen Aktivitäten und Bezüge seiner Europaschule vor. Er lobte die gute Zusammenarbeit mit der Europa-Union, deren Vorsitzender Reinhard Burdinski erfreut über die neu gegründete aktive Gruppe Junger Europäischer Föderalisten und über das Hamelner Jahresprogramm berichtete.

Das Hauptreferat hielt die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Gabriele Lösekrug-Möller MdB. Sie sprach von einem „Europa der Verzweifelten“ und fragte, ob die Spielregeln der EU noch stimmen würden. Durch die politischen Krisen der letzten Zeit (BREXIT, Flüchtlinge, TTIP und CETA) seien die Schwachstellen der Union offengelegt worden. Beim BREXIT dürfe es keine „Rosinenpickerei“ geben: „Ein Austritt ist nur in einem Gesamtpaket möglich. Europa muss seine gesellschaftliche Stabilität wiedererlangen, es gibt zu viele Problembeschreibungen und zu wenig mutige Lösungsansätze“, urteilte die Staatssekretärin. Um den Fliehkräften der Gemeinschaft entgegenzuwirken, benötige die EU ein neues Leitbild in der Wirtschaft. Außerdem schlug Lösekrug-Möller ein stärkeres gemeinsames Vorgehen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor.

Nach der Mittagspause stellten Cord Wilhelm Kiel und der Landesbeauftragte

für den Europäischen Schulwettbewerb, Studiendirektor Heribert Maring, aktuelle Arbeiten und die neuen Themen des Wettbewerbs vor. Anschließend folgten Diskussion und Abstimmung über Anträge, welche wie auch die Erklärung der Europa-Union zum BREXIT ohne Gegenstimme angenommen wurden.

Vechta

Bosnien und Herzegowina

Die diesjährige Studienfahrt des Kreisverbandes führte die 28 Teilnehmer sechs Tage in das 1995 in der jetzigen Form gegründete Land Bosnien und Herzegowina, mit Schwerpunkt auf dessen Hauptstadt Sarajevo. Durch den Anfang 2016 gestellten Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union ist eine Modernisierung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen gefordert. Die Vechtaer Besuchergruppe erfuhr und erfragte das bei einer Führung durch das Bosnische Parlament, in der Deutschen Botschaft sowie bei weiteren deutschen Vertretungen und besichtigte außerdem eine erfolgreich arbeitende Firma in der 20 km entfernten Kleinstadt Visoko. Auf dem Programm stand auch eine Fahrt in den Ort Konjic, in dessen Nähe die Öffentlichkeit jetzt den in der jugoslawischen Zeit unter strikter Geheimhaltung gebauten atomisicheren Großbunker für Staatschef Tito und seinen Generalstab besichtigen kann.



Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller MdB mit dem Landesvorsitzenden Wolfgang Zapfe
Bild: Cord Wilhelm Kiel

Diepholz

Jubiläum in Syke

Die Europa-Union Deutschland wird 70 Jahre alt. Als größte überparteiliche Bürgerbewegung für Europa blicken wir zurück auf 70 Jahre Einsatz für die europäische Integration und eine freiheitliche, demokratische, föderale und bürgernahe Europäische Union. Zum Verbandsjubiläum am 9. Dezember 2016 soll am Gründungsort, in Syke, das Bekenntnis zu Europa erneuert und bekräftigt werden. Bei der Festveranstaltung im Rathaus ab 19 Uhr steht unter anderem ein Festvortrag mit Elmar Brok MdEP, dem Präsidenten der Union Europäischer Föderalisten und Ehrenpräsident der Europa-Union Deutschland, auf dem Programm.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel



Gründungsort der Europa-Union war das ehemalige Hotel Schützenhaus in Syke. Hier wurde die Europa-Union Deutschland am 9. Dezember 1946 auf Einladung des Landrates Wilhelm Heile gegründet. Sein Ziel war die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa.
Bild: Stadtarchiv Syke

Nordrhein-Westfalen

Landesversammlung in Bocholt

Im lichtdurchfluteten Ambiente der „Sky-Lounge“ in Bocholt trafen sich die Delegierten der Europa-Union NRW zur diesjährigen Landesversammlung. Auf der Agenda standen die regulären Wahlen zum neuen Landesvorstand und Anträge, aber auch besondere Ehrungen waren vorbereitet worden.

Neuer Landesvorstand

Nachdem wenige Wochen zuvor der bisherige Landesvorsitzende, Staatsminister a. D. Wolfram Kuschke, mitgeteilt hatte, dass er nicht erneut kandidieren würde, wählten die Delegierten den bisher stellvertretenden Landesvorsitzenden Peter W. Wahl aus Bocholt zum neuen Landesvorsitzenden der Europa-Union NRW. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Ulrich Beul, Uwe Bräutigam, Rainer Frickhöfer, Anne Gödde, Heinz-Wilhelm Schaumann, David Schrock und Gabriele Tetzner gewählt. Manfred P. Klein wurde als Schatzmeister bestätigt. Zu den weiteren Vorstandsmitgliedern auf Vorschlag der zehn mitgliederstärksten Kreisverbände gehören Prof. Hein Hoebink, Dr. Horst Hoffmann, Josef Keizers, Hiltrud Meier-Engelen, Helmut Nöldgen, Mirja Schröder, Karl-Heinz-Sieger, Ingrid Spengelmeier-Schnock, Prof. Gerd Wassenberg und Bernd Weber. Wolfram Kuschke, der den Verband acht Jahre lang geleitet hatte, wurde von der Versammlung einstimmig zum Ehrenvorsitzenden bestimmt. Später wurden in der konstituierenden Sitzung des Landesvorstandes zudem Tobias Flessenkemper aus Köln und Stephan Brühl aus Wuppertal in den Landesvorstand kooptiert.

Ehrung für besondere Verdienste

Der Präsident der Europa-Union Deutschland und Vizepräsident des Europäischen Parlamentes, Rainer Wieland, war zur Landesversammlung nach Bocholt ebenso angereist wie Staatssekretär Marc Jan Eumann und Pia Schulte, JEF-Vorsitzende aus Münster, die sich in einer

Podiumsdiskussion unter der Fragestellung „Wie retten wir Europa“ gemeinsam für eine stärkere Zusammenarbeit der Europa-Union und der JEF aussprachen – wie auch zuvor der NRW-Landesvorsitzende der JEF, Markus Thürmann, in seinem Grußwort. Im Anschluss an diese Diskussionsrunde ehrte Rainer Wieland auf Beschluss des Präsidiums der Europa-Union Deutschland Heinz-Wilhelm Schaumann mit der Europa-Union-Medaille in Silber. Der scheidende Vorsitzende Wolfram Kuschke wurde für besondere Verdienste für die Europa-Union und die Europäische Einigung mit der Europa-Union-Medaille in Gold geehrt.

Anträge und Beschlüsse

Die Europa-Union NRW hat sich vorgenommen, die Satzung des Landesver-

bandes im kommenden Jahr zu überarbeiten. Dabei soll auch die Stimmberechtigung von Delegierten der JEF zur Landesversammlung festgelegt werden. Zudem beschlossen die Delegierten die Einrichtung eines „Wissenschaftlichen Beirates“. An der Mitwirkung Interessierte können sich gerne bei der Landesgeschäftsstelle melden. Neu war in diesem Jahr, dass die Europa-Union NRW Vertreter in die Mediengremien entsenden darf. In den WDR-Rundfunkrat wurden Peter W. Wahl als ordentliches Mitglied und Anne Gödde als seine Stellvertreterin entsandt. In der Medienkommission bei der Landesanstalt für Medien (LfM) werden Kirsten Eink und Ulrich Beul den Verband zukünftig vertreten.

Verantwortlich: Kirsten Eink

Trauer um einen großen Europäer

Dr. Heinrich Hoffschulte, Träger des Verdienstkreuzes am Bandes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und langjähriger Vorsitzender, später Ehrenvorsitzender der Europa-Union Nordrhein-Westfalen, ist im Alter von 75 Jahren verstorben. Heinrich Hoffschulte war nicht nur bereits seit 1956 Mitglied der Europäischen Bewegung und engagierte sich früh in der JEF und dem EFS (Europäischer Föderalistischer Studentenverband), sondern er war auch von 1973 bis 1996 stellvertretender Vorsitzender der Europa-Union NRW, bevor er bis 2008 den Landesvorsitz übernahm. Als Oberkreisdirektor von Steinfurt und Vorsitzender der Europa-Union Steinfurt wirkte er mit an dem Aufbau und der Stärkung der EUREGIO und förderte damit ganz praktisch vor Ort die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Bürgern, Unternehmen und Kommunen zwischen Deutschland und den Niederlanden. Als Erster Vizepräsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas wirkte er als kommunalpolitischer Sprecher im Europäischen Verfassungskonvent ab 2002 mit und brachte in dieser Funktion

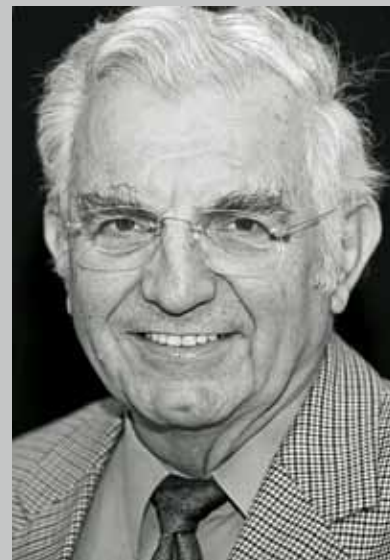


Bild: EUD NRW

unter anderem ein Grundlagenpapier der Kommunen zur Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips ein. Durch sein vielfältiges Wirken hat er maßgeblich zum kommunalen Erfolg im Verfassungskonvent beigetragen, so dass wir dies als sein Vermächtnis heute im Vertrag von Lissabon wiederfinden können. Mit Dr. Heinrich Hoffschulte ist ein großer Europäer von uns gegangen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. ■

Rheinland-Pfalz

Europäische Union der Zukunft – Wege aus der Polykrise

In seiner Leitentschließung forderte der 40. Landeskongress, der in Landau tagte, ein noch stärkeres Engagement aller in der Verantwortung stehenden Kräfte für eine Überwindung der gegenwärtigen Krisen. Hierzu gehören eine funktionsfähige Alternative zum Dublin-System genauso wie die Sicherung der EU-Außengrenzen, ein gerechter Lastenausgleich bei der Aufnahme von Flüchtlingen und eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik. Insbesondere für den afrikanischen Kontinent kommt der europäischen Entwicklungspolitik eine Schlüsselrolle zu. Mittelfristig ist die schrittweise Vollendung des Schengen- wie auch des Eurosystems anzustreben. Der Landeskongress wendete sich strikt gegen nationale Alleingänge und das Beharren auf uneingeschränkter nationaler Souveränität wie auch gegen Forderungen nach genereller Rückverlagerung von Kompetenzen von der europäischen auf die nationale Ebene.

Der zweitägige Kongress wurde vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Volker Wissing und dem Oberbürgermeister der Stadt Landau, Thomas Hirsch, eröffnet. In seinem Vortrag „Darf der BREXIT Schule machen?“ erinnerte Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz, an die Grundwerte Europas und an die Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses. Man müsse den Menschen in Europa deutlich machen, dass der europäische Kompromiss ein Wert an sich sei.

„Warum Europa eine Republik werden muss!“ erklärte Linn Wüstenberg vom European Democracy Lab und zeigte in ihrem Beitrag auf, dass es an der Zeit sei, Europa neu zu denken. Als Grundstein gelte, dass alle europäischen Bürger die gleichen politischen Rechte haben. Es sei wichtig, dass die europäischen Regionen vernetzt unter einem gemeinsamen republikanischen Dach arbeiten. Auf dieser Grundlage müsse ein neuer europäischer Parlamentarismus ge-



Dr. Norbert Herhammer (vordere Reihe 2. v. l.) mit seinem neuen Landesvorstandsteam

Bild: EUD Rheinland-Pfalz

wählt werden, der dem Grundsatz der Gewaltenteilung genüge.

Die andauernden Krisen haben deutlich gezeigt, dass die Erwartungen an die EU sich gewandelt haben und in den einzelnen Mitgliedsländern unterschiedlich seien. Diese Meinung vertrat Dr. Otto Schmuck, Vizepräsident der UEF und EUD-Präsidiumsmitglied, in seinem Referat „Perspektiven der europäischen Einigung – Krisen überwinden und Fortschritte im Kreis der Willigen ermöglichen“. Die Schwierigkeiten, in einer größer werdenden EU Einigungsfortschritte zu erzielen, führten immer wieder zu Überlegungen hinsichtlich einer „differenzierten Integration“. Auf diese Weise könnten sich die Mitgliedstaaten in unterschiedlicher Zusammensetzung und mit abweichender Aufgabenstellung beteiligen.

Abschließend lud Ingo Espenschied alle Gäste zu einer multimedialen Zeitreise „65 Jahre Europa – das Vermächtnis der Gründungsväter“ ein.

Dr. Norbert Herhammer neuer Landesvorsitzender

Im verbandsinternen Teil wählte der Kongress Dr. Norbert Herhammer, bisher stellvertretender Landesvorsitzender und Kreisvorsitzender in Kaiserslautern, zum neuen Lan-

desvorsitzenden. Als Arbeitsschwerpunkte des Landesverbandes für die nächsten zwei Jahre nannte Herhammer die Unterstützung des Europäischen Wettbewerbs und die Förderung weiterer Zertifizierungen von Europaschulen in Rheinland-Pfalz. Hierzu sei eine noch engere Vernetzung und die Zusammenarbeit mit allen europapolitischen Akteuren in Rheinland-Pfalz erforderlich. Zudem liege ihm die Stärkung der Verbands- und Mitgliederstrukturen und eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit am Herzen.

Der neue Landesvorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Landesvorsitzender: Dr. Norbert Herhammer (KV Kaiserslautern); stellvertretende Vorsitzende: Jörg Saalbach (KV Südpfalz) und Dr. Dieter Schiffmann (KV Ludwigshafen); Schatzmeister: Holger Scharff (KV Ludwigshafen); Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Anna M. Schneider (KV Westerwald); weitere Vorstandsmitglieder: Günter Densborn (KV Trier), Klaus Eisold (KV Südpfalz), Ingo Espenschied (KV Mainz), Dr. Peter Keiner (KV Mayen-Koblenz), Dr. Jörg Koch (KV Worms), Dr. Friedhelm Pieper (KV Koblenz), Lis Pink (KV Mayen-Koblenz), Josef Schork (KV Worms); Ehrenmitglieder: Manfred H. Däuwel (KV Westerwald), Ernst-Ludwig Göpfert (KV Trier).

Verantwortlich: Anna Schneider

Saarland

BREXIT – viele Fragen sind noch offen

Hochkarätig besetztes Podium
diskutierte europarechtliche
und –politische Folgen des
vorgesehenen Ausscheidens
Großbritanniens aus der EU

„Die EU und Großbritannien – Wie geht's weiter nach dem BREXIT-Votum?“ Unter diesem Titel fand am 31. Oktober unter der Moderation von Lothar Warscheid (Saarbrücker Zeitung) im mit über 160 Teilnehmern voll besetzten Sitzungssaal der Industrie- und Handelskammer in Saarbrücken eine Podiumsdiskussion statt.

Die Kooperationspartner Europa-Institut der Universität des Saarlandes, IHK Saarland, Enterprise Europe Network (EEN), Europe Direct Saarbrücken, ASKO EUROPA-STIFTUNG, Europäische Akademie Otzenhausen und Europa-Union Saar hatten für die Debatte über Konsequenzen des britischen Referendums vom 23. Juni 2016 hochkarätige Experten gewinnen können.

Prof. Dr. Thomas Giegerich, Direktor des Europa-Instituts an der Universität des Saarlandes, beleuchtete die juristischen Rahmenbedingungen eines EU-Austritts Großbritanniens. Erst mit einer offiziellen Mitteilung des Austrittswunsches durch Großbritannien an den Europäischen Rat werde der Austrittsprozess gestartet. Dieser münde entweder in einen Austrittsvertrag zwischen Großbritannien und der Rest-EU oder führe zu einem automatischen Ausscheiden Großbritanniens zwei Jahre nach der Mitteilung, sofern diese Frist nicht einvernehmlich verlängert werde. Giegerich bedauerte, dass die EU nun erhebliche Energien in die anstehenden Verhandlungen lenken müsse, die für die Bewältigung der aktuellen Krisen dann nicht zur Verfügung stünden. Es liege im allseitigen Interesse, den durch den BREXIT verursachten Schaden möglichst gering zu halten.

Prof. Nigel Foster vom Robert Kennedy College in Zürich erläuterte verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen des Ausscheidens in Großbritannien. Die Bedeutung dieses Prozesses spreche dafür, dass die britische Regierung weder ohne parlamentarische



Ein hochkarätig besetztes Podium stand den Zuhörern der Veranstaltung Rede und Antwort.

Beide Bilder: EUD Saarland

Befassung über das Austrittsschreiben befinden noch einen Austrittsvertrag ohne parlamentarische Befassung in Kraft setzen dürfe.

Nick Leake von der britischen Botschaft in Berlin plädierte mit Blick auf die anstehenden Austrittsverhandlungen für wechselseitigen Pragmatismus. Es gehe nicht um das „Ob“ des künftigen wechselseitigen Marktzutritts Großbritanniens und der EU, sondern um die Ausgestaltung dieses Zugangs.

Dr. Sigrid Fretlöh vom Team Europe aus Bonn äußerte sich sehr enttäuscht über das britische Votum, konstatierte aber gleichzeitig, dass nun ein sachlicher Umgang mit der Entscheidung der Briten notwendig sei. Sie merkte auch an, dass die Austritts-Kampagne teilweise „vergiftet“ gewesen und es den proeuropäischen Kräften nicht gelungen sei, den Menschen die Vorteile der EU darzulegen.

Der Wiener Rechtsanwalt Prof. Dr. Stefan Weber informierte über die Verhandlungsarena, mögliche Verhandlungsziele Großbritanni-

ens und die Verhandlungslage. Der Umgang mit den Themen Arbeitnehmerfreizügigkeit und Migration dürfte das Verhandlungsthema mit dem größten Streitpotenzial bilden.

In der Debatte wurde betont, dass Großbritannien auch nach einem Ausscheiden aus der EU Teil Europas bleibe. Es gelte nun, populistischen EU-Gegnern in anderen Mitgliedstaaten erfolgreicher als bislang entgegenzutreten. Einig waren sich alle Podiumsteilnehmer in der Frage der Auswirkung des Austritts für beide Seiten: Es wird nach langwierigen und zähen Verhandlungen zwischen Großbritannien und den übrigen 27 Mitgliedstaaten sicher keine Win-Win-Situation geben.

Die Veranstalter bleiben am Thema dran und werden auch in 2017 den Prozess aktiv mit einem entsprechenden Veranstaltungsangebot begleiten.

Verantwortlich: Dorothee Mertes-Kadlot



Ein voller Saal in der IHK: Zahlreiche Interessierte waren zur Veranstaltung zum BREXIT gekommen.

Hessen

Landesverband erinnert an Heinrich Ritzel

Heinrich Ritzel wurde am 10. April 1893 in Offenbach geboren. Er starb 1971 in Basel. Heinrich Ritzel war maßgebend an der Gründung der Europa-Union Deutschland beteiligt.

Nach dem Studium der Nationalökonomie, Rechts- und Staatswissenschaften sowie der Kommunalwissenschaften an der Akademie für Arbeit in Frankfurt am Main und an der Universität in Gießen wurde er mit 26 Jahren hauptamtlicher Bürgermeister von Michelstadt. 1930 berief ihn die hessische Landesregierung als Oberregierungsrat in die Provinzialverwaltung von Oberhessen.

Ritzel vertrat seit 1924 die SPD im Hessischen Landtag und ab 1930 im Reichstag. Durch seine berufliche Tätigkeit im Verwaltungsdienst und in seiner Eigenschaft als SPD-Abgeordneter war Ritzel in den letzten Jahren der Weimarer Republik heftigen Angriffen von Seiten der Nationalsozialisten ausgesetzt. Vor 83 Jahren, am 24. März 1933, gehörte Ritzel zu jenen mutigen Abgeordneten, die sich im Reichstag in namentlicher Abstimmung gegen das Ermächtigungsgesetz entschieden, mit dem Hitler der Weimarer Demokratie den Todesstoß versetzte. Wie Heinrich Ritzel dem früheren Offenbacher Oberbürgermeister Wolfgang Reuter erzählte, war die Krolloper, in der der Reichstag nach dem Reichstagsbrand tagte, von SS-Leuten umstellt. Im Plenum und selbst in den Gängen wimmelte es von SA-Leuten. Sozialdemokratische Abgeordnete wurden bedroht und mussten um ihr Leben bangen.

Ritzel fuhr mit seiner Reichsbahnkarte kreuz und quer durch Deutschland. Nach Michelstadt konnte er nicht zurückkehren. Wie seine Frau ihm am Telefon sagte, standen SA-Leute vor seinem Haus, um ihn festzunehmen. Mit dem Taxi bis zur Grenze und zu Fuß über die Grenze gelang ihm im Juni 1933 die Flucht in das unter Völker-



Heinrich Ritzel

Quelle: unbekannt, veröffentlicht im Reichstags-Handbuch 1930, Berlin 1930

bundverwaltung stehende Saargebiet. Bis 1935 war Ritzel als Beamter des Völkerbunds in der Leitung der Saarpolizeiverwaltung tätig. Nach der Saarabstimmung im Januar 1935 flüchtete er zunächst nach Lothringen und emigrierte im Juni 1935 in die Schweiz, wo er in den nächsten Jahren als freier Schriftsteller lebte. Von 1939 bis 1947 amtierte Ritzel als Generalsekretär der Europa-Union in Basel.

Mit Otto Brunn, Wilhelm Hoegner, Joseph Wirth und dem saarländischen Schriftsteller Kindt-Kiefer gründete Ritzel im Schweizer Exil die Arbeitsgemeinschaft „Das Demokratische Deutschland“. Ritzel nahm am Treffen der Föderalisten für ein geeintes Europa im September 1946 in Hertenstein (Kanton Luzern) teil. Das dort verabschiedete „Hertensteiner Programm“ wurde zum Gründungsdokument der Europa-Union. Da andere Deutsche wegen der Reiseeinschränkung durch die Besatzungsmächte nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnten, gelang es Heinrich Ritzel, mit deutschen „Europäern“ wie Wilhelm Heile und Wilhelm Hermes Kontakt aufzunehmen und die Zusammenführung der wichtigsten örtlichen Europa-Gruppen zu organisieren.

Am 9. Dezember 1946 führte der Zusammenschluss zur Gründung der Europa-Union Deutschland. Diesen Namen hatte Heinrich Ritzel, der als Gast an der Versammlung teilnahm, in Anlehnung an die Schweizer Europa-Union vorgeschlagen. Nach seiner Rückkehr nach Deutsch-

land 1947 war Heinrich Ritzel ab 1949 Generalsekretär der Europa-Union. Von 1949 bis 1965 gehörte er als Abgeordneter des damaligen Wahlkreises Dieburg dem Deutschen Bundestag an. Als „Europäer der ersten Stunde“ war er 1949 Mitglied der ersten Delegation der Bundesrepublik im Straßburger Europarat. Aus Enttäuschung über die Arbeit des Europarates lehnte er 1957 seine Wiederwahl demonstrativ ab.

An sein Wirken in Michelstadt und Gießen erinnern Straßennamen in Michelstadt, Erbach und Gießen. Zudem wurden ihm vielfältige Ehrungen zuteil: Ehrenbürger von Michelstadt und Groß-Umstadt (1946), Ehrensensator des Weizmann-Instituts in Rehovot (Israel, 1962), Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern (1963), Wilhelm-Leuschner-Plakette (1968) und Freiherr-vom-Stein-Plakette (1963).

Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Chinas Botschafter zu Gast

Gegenseitige Unterstützung auf gleicher Augenhöhe versprach Shi Mingde, Botschafter der Volksrepublik China in Deutschland, in Wiesbaden. Sein mit 1,35 Mrd. Bürgern bevölkerungsreichstes Land der Welt habe in den vergangenen Jahren wirtschaftlich sehr stark aufgeholt und läge jetzt an zweiter Stelle hinter den USA. Fasse man die EU allerdings zusammen, läge diese an erster Stelle vor den USA. Botschafter Shi Mingde betonte, dass sein Land die EU von Anfang an unterstützt habe und großen Wert auf enge Zusammenarbeit lege. Er hoffe, so sagte er, dass sich die Probleme, die Europa derzeit habe, bald lösen ließen, damit die Europäer wieder mehr Waren aus China kaufen könnten. In China selbst wachse die Wirtschaft nicht mehr so schnell wie in den vergangenen Jahren. Man lege jetzt mehr Wert auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Zu Europa, Deutschland und auch zur Rhein-Main-Region bestünden sehr enge Beziehungen im Bereich von Wissenschaft und Technologie.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf



Schleswig-Holstein

Botschaftergespräch Slowakei

Spannende Diskussion über Europäische Flüchtlingspolitik

Zum Juli 2016 übernahm die Slowakische Republik den Vorsitz im Rat der EU. Sie hat sich für ihre sechsmonatige Ratspräsidentschaft u.a. das Thema Migration auf die Fahne geschrieben. Das traditionelle Botschaftergespräch am 13. Oktober 2016 im Landeshaus in Kiel fand vor diesem Hintergrund zur Frage „Zwischen Balkanroute, Mittelmeer und Dublin-Verordnung – Was wird aus der gemeinsamen Europäischen Flüchtlingspolitik?“ statt. Der Gesandte der Slowakischen Republik, Matúš Bušovský, betonte, dass die Ratspräsidentschaft in eine schwierige Zeit falle. Der Gipfel in Bratislava im September 2016 habe aber gezeigt, dass die EU eine "nachhaltige Migrationspolitik" fördern wolle. Der dort erstellte Fahrplan sei – für die EU ungewöhnlich – in einer klaren, deutlichen Sprache verfasst. Der Migrationswissenschaftler Dr. Marcus Engler gab als Co-Referent dem Publikum einen Einblick in die Herausforderungen der europäischen Flüchtlingspolitik. Der Flüchtlingszustrom sei in Europa ein Wahrnehmungs- und kein materielles Problem, so Engler. In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum entstand eine rege Debatte zu drängenden europapolitischen Fragen in der Flüchtlingspolitik.



Podium mit dem slowakischen Gesandten Matúš Bušovský (links im Foto)

Die Anfänge der Europa-Union in Schleswig-Holstein

Nach dem Gründungstreffen der Europa-Union am 9. Dezember 1946 in Syke formierte sich in den darauf folgenden Monaten auch in Schleswig-Holstein eine Landesgruppe. Das Zentralbüro in Meldorf-Wolmerdorf führte Anfang 1947 mehrere Treffen und Kundgebungen durch. Überraschend für die Schleswig-Holsteiner kam dann vom 21. bis 23. Juni 1947 der erste Bundeskongress – damals „Deutscher Kongress“ – der Europa-Union in die ostholsteinische Stadt Eutin. Damals wurde per Aushang in der ganzen Stadt nach „Notunterkünften“ für die 350 bis 400 Delegierten gesucht, da die Stadt in der Nachkriegszeit nicht über ausreichend Unterkünfte in Hotels und Pensionen verfügte. Das Leitwort des 1. Kongresses in Eutin zeigte



Aktivitäten im Rahmen der Europaklassenfahrt

Beide Bilder: EUD Schleswig-Holstein

schon deutlich die Priorität der Europa-Union: „Die Einigung Europas ist die wichtigste und dringlichste Aufgabe praktischer Gegenwarts-politik.“ Die Presse berichtete zahlreich und zeigte sich an den Aktivitäten dieser neuen Organisation interessiert. In den ersten Jahren agierte die Bewegung bereits als politische Organisation, dennoch erfolgte die erste Eintragung der Landesgruppe SH erst am 7. Dezember 1954 in Kiel. Berühmte Akteure in der Anfangszeit des Landesverbandes waren beispielsweise der erste Landesvorsitzende Prof. Fritz Blattner sowie Ernst Hessenauer und Fritz Kamkalow. Die Kreis- und Ortsverbände entstanden in den folgenden Jahrzeh-

ten an verschiedenen Orten im Bundesland, in denen sich Menschen für die europäische Idee in der Europa-Union zusammenschlossen.

Erfolgreiche Europaklassenfahrt

Der Landesverband führte im Rahmen des Projektes „Deine Zukunft – Deine Meinung“ wieder eine Europaklassenfahrt an die Gustav Heinemann Bildungsstätte in Bad Malente durch. Das Thema Europäische Energie- und Klimapolitik stand für drei Tage auf der Agenda. Gerade angekommen, stürzten sich die Schüler mit ihren Teambetreuern von der JEF direkt in die Arbeitsgruppen. Fleißig wurde zu den Themen Fracking, Ökodesign, Klimaabkommen und Energieunabhängigkeit diskutiert. Damit der Spaß auf der Klassenfahrt nicht zu kurz kam, gab es anschließend einen geselligen Europa-Quizabend. Der

nächste Tag startete mit einem Planspiel zu den Weltklimaverhandlungen. Danach bildete man sich in den Arbeitsgruppen weiter eine Meinung zum Thema. Denn dies war das gemeinsame Ziel. Am letzten Tag der Klassenfahrt stellten die Schüler ihre Ergebnisse vor drei anwesenden Politikern vor und diskutierten nunmehr als Experten angeregt mit ihnen die verschiedenen Aspekte der Europäischen Energie- und Klimapolitik. Die Europaklassenfahrt zeigte sich wieder einmal als gute Möglichkeit, Schüler an wichtige europapolitische Themen heranzuführen.

Verantwortlich: Lisa Kühn & Renate Janke

Baden-Württemberg

Europa-Union und JEF jetzt im Haus der Geschichte

Die Europa-Union und die Jungen Europäischen Föderalisten/JEF sind mit ihrer Geschichte nun Teil der Dauerausstellung zum Themenbereich „Haus Europa“ im Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart. Der neu gestaltete Themenbereich wurde mit Dauerleihgaben beider Verbände bestückt. So ist eine Bannerfahne mit dem „grünen E“ nun Blickfang im Bereich „Europa-Ideen“. Daneben ist die von der Europa-Union 1951 initiierte Europaabstimmung in Breisach mit einem Wahlaufdruck und einer Wahlkarte präsent. Die JEF ist mit der „Mauer der Vorurteile“ von einer Straßenaktion aus dem Jahr 2014 Teil der Ausstellung. Auf die enge Verbindung zur Landesgründung weist das Plakat „Vereinigtes Europa? – Der erste Schritt: Südweststaat“ hin, mit dem sich die Europaverbände an der Kampagne zur Gründung Baden-Württembergs beteiligten.

Landesausschuss

Auf Einladung des Esslinger Kreisvorsitzenden und Wernauer Bürgermeisters Armin Elbl tagte der Landesausschuss 2016 in Wernau. Die Delegierten aus ganz Baden-Württemberg nutzten die Arbeitstagung, um aktuelle Entwicklungen im Verband zu besprechen und neue Projekte anzustoßen. Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt MdEP betonte, dass es nun gelte, Europa zusammen zu halten. Hierfür stehe auch die Sicherheitsnadel, die als Logo der neuen Kampagne der EUD eine klare Botschaft aussende. Im Rahmen der Tagung berichtete EUD-Präsidiumsmitglied Heinz-Wilhelm Schaumann über das Netzwerk Kommunalpolitik, das die kommunalpolitisch aktiven Mitglieder der Europa-Union besser vernetzen soll. Aus Landessicht ergänzte Landespressesprecher Daniel Frey, dass er bereits in engem Kontakt mit den kommunalen Spitzenverbänden im Land stehe, um das Netzwerk auch hier zu verankern. Im Rahmen der Tagung berichtete Jonathan Berggötz über seine Arbeit als Vertreter im SWR-Rundfunkrat.

Heilbronn

70 Jahre

Aus Anlass des 70-jährigen Jubiläums des Hertensteiner Programms und der Europa-Union reiste eine dreißigköpfige Abordnung des Kreisverbandes nach Weggis an den Vierwaldstätter See. Bei bestem Wetter und sehr gutem Essen war es leicht, über die heutigen und auch künftigen Herausforderungen Europas zu debattieren. Mit großem Engagement waren die Europäischen Föderalisten aus Heilbronn bei der Sache und regten an, dass Hertenstein auch für die kommenden Jahre ein hervorragender Ort für Gespräche sei.

Göppingen

Festakt

Zu einem gemeinsamen Festakt anlässlich des 70-jährigen Bestehens der Europa-Union und des Hertensteiner Programms luden der Kreisverband und die Stadt Göppingen in das dortige Rathaus ein. Festredner war EUD-Präsident Rainer Wieland MdEP.

Im Rahmen der Hauptversammlung wurde der Wangener Bürgermeister Daniel Frey als Vorsitzender bestätigt. Neben den Vorstandswahlen stand auch der Vortrag des Göppinger Landtagsabgeordneten Alex Maier im Mittelpunkt der Versammlung.

Calw

Rainer Wieland zu Gast

Wie geht es weiter mit Europa? Zu dieser Fragestellung hatte Kreisvorsitzender Hans-Dieter Teske EUD-Präsident Rainer Wieland nach Bad Liebenzell eingeladen. Neben dem BREXIT standen auch die EU-Flüchtlingspolitik und die weitere Zukunft des Euro im Mittelpunkt der Diskussion.

Karlsruhe

Europarat

Die Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg war das Ziel einer Exkursion. Nach einer Stadtführung durch die Altstadt stand der Besuch im Gebäude des Europarats auf dem

Programm. Auf eine Filmvorführung über die Aufgaben und Funktionen des Europarates folgte ein Besuch der Plenarsitzung mit der Vorstellungsrede des neuen estnischen Außenministers Jürgen Ligi. Axel Fischer MdB, Leiter der Deutschen Delegation, stand danach noch für die Diskussion und Fragen zur Verfügung.

Main-Tauber/Hohenlohe

Bundespolitik

Auf Einladung des Kreisverbandes berichtete Nina Warken MdB über die aktuelle bundespolitische Sicht auf europäische Themen. In ihrem Vortrag ging sie auf die Folgen der BREXIT-Abstimmung, die Diskussionen über die Freihandelsabkommen und die aktuellen Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik ein.

Junge Europäer/JEF

Neuer Vorstand in Kehl

Die JEF Kehl mit dem Schwerpunkt an der Hochschule für öffentliche Verwaltung hat einen neuen Vorstand. Im Rahmen einer Mitgliederversammlung wurden Uwe Fromm und sein Vorstandsteam neu gewählt. Für die Hochschule machte Rektor Prof. Paul Witt deutlich, dass die JEF ein großer Gewinn sei und er das Engagement gerne unterstütze. Dr. Andreas Schwab MdEP war in die Hochschule gekommen, um einen aktuellen Einblick in seine Arbeit zu geben und sich den Fragen des zahlreichen Publikums zu stellen.

Montenegro

Im Rahmen des Projekts „Demokratisierungsprozesse in Ost- und Südosteuropa“ bot die JEF zum mittlerweile siebten Mal eine Studienreise nach Südosteuropa an. Im Jahr 2016 führte die Reise nach Montenegro. Dort lernten die Teilnehmer viel über die politische und zivilgesellschaftliche Situation im Land. Das Programm bestand aus Treffen mit Politikern, Vertretern der Jugendparteien, Nichtregierungsorganisationen sowie Vertretern der Europäischen Kommission und der deutschen Botschaft.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Sachsen

Demokratie und Zukunft

Als am 3. Oktober in Dresden ein Bürgerfest veranstaltet wurde, feierten die Europa-Union und die JEF gemeinsam mit den zahlreichen Teilnehmern und Besuchern nicht nur den Tag der Deutschen Einheit, sondern auch den Gedanken an ein gemeinsames Europa. Mit einem eigenen Infostand, dem Europaklettergipfel und mehreren Auftritten auf der „Bühne der Demokratie“ konnte sich die Europa-Union auf Einladung der Sächsischen Staatsregierung auch der breiten Öffentlichkeit präsentieren.

„Europa ist die Zukunft unserer Kinder“, so drückte ein Besucher in kurzer, prägnanter Form seine Haltung zu Europa aus – und äußerte sich damit so wie die überwiegende Zahl der Personen, mit denen wir an den drei Tagen von morgens bis abends ins Gespräch kamen.

Zwar blieben zeitweise auch Passanten vor unserem Infostand stehen, die von ihren eigenen, radikalen Vorstellungen überzeugt waren und sich auch

durch unsere Argumentation nicht davon abbringen ließen, doch die Mehrheit der interessierten Besucher bestärkte uns einmal mehr darin, dass Deutschland weiterhin seinen europäischen Kurs beibehalten sollte.

In Leipzig schrieb Schiller einst für Dresden die „Ode an die Freude“, die uns in der Vertonung von Ludwig van Beethoven als Europahymne bekannt ist. Daran erinnerte auch die Multimediashow, mit der das Einheitsfest beendet wurde, welche die berühmte Dresdner Silhouette in ein blaues Licht mit Sternenkranz tauchte.

Als jüngster Landesverband ist Sachsen in diesen Tagen ca. zweieinhalb Jahre alt geworden. Der noch jüngere Bruder, unser JEF-Landesverband, hat im Sommer des Jahres seine Neuauflage in Leipzig erfahren und wird in Kürze die Gründung einer neuen Gruppe in Dresden erleben. Die Gründung der JEF-Gruppe in der Landeshauptstadt, die erste „SIMEP“ im Frühjahr, viele Schulgespräche und -projekte sowie ein mehrtägiges Schulleitersymposium sind „nur“ einige Meilensteine, die in der nahen Zukunft geplant sind und der wir mit großer Erwartung entgegenschauen.

Verantwortlich: Katharina Wolf



Impressum

5/2016

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 3 03 62 01 30, Fax: (030) 3 03 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Heinz-Wilhelm Schaumann (v. i. S. d. P.)
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Hardtbergstraße 23a, 53507 Dernau/Ahr
Tel.: (026 43) 90 16 04, Fax: (026 43) 90 25 52
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5.12.2016
Annahmetermin für die Ausgabe 1/2017: 10.01.2017
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Layout & Satz:

Pegasos-Publikationen,
Hauptstr. 36, 53567 Buchholz/Ww.
Tel. und Fax: (026 83) 94 39 08
Mobil: (01 71) 5 07 69 32
E-Mail: info@pegasos-publikationen.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>



Sachsens Hauptstadt Dresden im Zeichen Europas

Bild: Ralf Larmann

